Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 15. Mai 2013, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 6/2013

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion
Beigeordneter Stefan Becker

Mitglied "Die Linke"
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung
Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Heike Hansemann
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Bernd Broszeit
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Finanzen Jörg Engesser
Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Niksa Marusic

Protokollführerin
Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Als Gäste
Geschäftsführerin RNK Andrea Aulkemeyer
Dr. Harald Endemann Seufert Rechtsänwälte München
Dr. Katja Griese Seufert Rechtsänwälte München

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde ab Seite 12

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven	**97/2013**
6.2	Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2014-2018	**98/2013**
7.1.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Durchführung externer Stellenausschreibungen vakanter Führungspositionen in städtischen Beteiligungen	**513/2013**
7.1.2	Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2014 für kostenrechnende Einrichtungen	**106/2013**
7.1.3	Jahresabschluss 2010 (Kernverwaltung)	**71/2013**
7.1.4	Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahlverfahrens für mindestens 5 Jahre	**514/2013**
7.2.1	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Frank Grunert	**99/2013**
7.2.2	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Christian Ludwig	**100/2013**
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 61,2. Änderung -Freigebiet Freiligrathstr. / August-Hinrichs-Straße- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	**93/2013**
7.4.1	Berufung eines Vertreters des Seniorenbeirates in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit	**96/2013**
7.5.1	Allgemeinverfügung zur Festlegung des Hafenbereichs Stadthafen Wilhelmshaven	**103/2013**
7.5.2	Besondere Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven	**104/2013**
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Antonslust / Umspannwerk	
8.2	Sachstand Reinhard-Nieter-Krankenhaus	
9	Anträge	
9.1	Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Umbesetzung von Ausschuss und Gremien	**515/2013**

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss bat die Ratsvorsitzende um eine Schweigeminute zum Gedenken an den am 30.04.2013 im Alter von 83 Jahren verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Hans Gabriels.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 13.03.2013

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 13.03.2013 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Die Durchführung einer „aktuellen Stunde“ war nicht beantragt worden.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven **97/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.05.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

In den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Wilhelmshaven werden gewählt:

Vertrauenspersonen	jeweils zugeordnete Ersatzpersonen
Glaser, Ursula	Biester, Ursula
Langen, Fritz	Harms, Martin
Wilhelm, Lutz	Möhle, Helmut
Jacques, Howard	Barkowsky, Holger
Böther, Klaus	Bakir, Nurhayat
Sokolowski, Peter	Biehl, Werner
Linsen-Steiner, Siegrid	Lietzmann, Hans-Jürgen

6.2 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2014-2018 **98/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.05.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Es wird der Vorschlagsliste der Stadt Wilhelmshaven für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2014 bis 2018 zugestimmt.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Durchführung externer Stellenausschreibungen vakanter Führungspositionen in städtischen Beteiligungen **513/2013**

Frau Breuer trug den im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft am 13.05.2013 vorbereiteten gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD wie folgt vor:

„Der Rat der Stadt weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei vakanten Führungspositionen, die extern zu besetzen sind, eine Stellenausschreibung durchzusetzen.“

Herr Debring brachte daraufhin einen **Änderungsantrag** für die Fraktionen CDU und SPD mit dem Hinweis ein, dieser sei bereits auch im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sowie im Verwaltungsausschuss mehrheitlich angenommen worden:

„Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion auf Durchführung externer Stellenausschreibungen für Geschäftsführer und andere Positionen in

städtischen Beteiligungen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionen und leitenden Angestellten, eine externe Stellenausschreibung durchzusetzen."

Herr Dr. von Teichman warf die Frage auf, ob diese Positionen nunmehr immer öffentlich auszuschreiben seien oder nicht. Seines Erachtens handele es sich bei diesem Antrag um „heiße Luft". Die Antragsteller besäßen in allen betroffenen Gremien die absolute Mehrheit und könnten jederzeit eingreifen. Er vermute, beide Fraktionen wollten lediglich nach außen gut dastehen, indem sie vorgäben, für Transparenz zu sorgen. Dies könne er jedoch nicht erkennen.
Die von den Antragstellern geforderte Vermeidung von Korruption hingegen müsse dringend umgesetzt haben.

Frau Weinstock machte darauf aufmerksam, dass ihres Wissens für ein Wirksamwerden des Antrages entsprechende Leitlinien festgelegt werden müssten, die in den Verträgen der Gesellschaften und Eigenbetrieben verankert sein müssten. Sie wolle dazu folgenden **Änderungsantrag** einbringen:

„Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU soll zurückgenommen werden. Wenn der Antrag rechtlich einwandfrei ist, soll erst im VA und anschließend im Rat darüber beraten werden."

Herr Stoffers informierte, dieser Änderungsantrag sei in der vorgelegten Form nicht abstimmungsfähig. Zum einen könnten nur die Antragsteller selbst den Antrag zurücknehmen, zum anderen sei der Antrag bereits im Finanzausschuss wie auch im Verwaltungsausschuss vorberaten worden. Die Verwaltung habe keine rechtlichen Bedenken gegen diesen Antrag geltend gemacht, so dass die Voraussetzungen für eine heutige Beschlussfassung erfüllt seien.

Herr Biehl wies darauf hin, dass für den beantragten Sachverhalt nicht viele Gesellschaften in Frage kämen. Zudem stelle sich die Frage, was mit möglichen internen Besetzungen geschehe, falls der Antrag angenommen werde. Zudem lese sich der Antrag in Verbindung mit der Begründung für ihn, als ob bislang mit internen Besetzungen „Vetternwirtschaft" betrieben worden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Antrag nicht klarer formuliert worden sei. Es habe aus diesem Grunde in der Vergangenheit bereits zahlreiche Fälle gegeben, in denen es zu unnötigen Diskussionen aufgrund unklar formulierter Anträge der Mehrheitsgruppe gekommen sei.

Herr Stoffers machte ausdrücklich darauf aufmerksam, dass es hier nicht um einen bereits mehrfach angedeuteten Fall von „Korruption" gehe. Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes habe im Finanzausschuss bereits ausführlich zum Sachverhalt Stellung genommen und den Vorwurf entkräften können. Im Übrigen betone er nochmals, dass auch seitens des Rechtsamtes keine rechtlichen Bedenken gegenüber einem entsprechenden Beschluss bestünden.

Oberbürgermeister Wagner erklärte ergänzend, der Antrag laute zudem auf externe Stellenausschreibung, nicht auf externe Stellenbesetzung. Auf eine externe Ausschreibung könne sich jeder bewerben, sowohl MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, als auch Außenstehende.

Herr Debring brachte sein Unverständnis gegenüber den Andeutungen von Herrn Dr. von Teichman zum Ausdruck. Nachdem er nochmals den Antragsgegenstand dargestellt hatte, zeigte er sich optimistisch bezüglich der Umsetzbarkeit des Anliegens.

Herr Jacques ergänzte, man wolle mit dem Antrag niemandem etwas unterstellen, sondern vielmehr derartige Vorwürfe unterbinden. Zudem solle damit Chancengleichheit für alle Bewerber hergestellt werden.

Nachdem die Thematik zwischen **Herrn Walpurgis**, **Herrn Dr. von Teichman**, **Frau Breuer**, **Herrn Debring** und **Herrn Harms** weiter erörtert worden war, wies **Herr Stoffers** darauf hin, dass die Formulierung des ursprünglichen Antrages genau den Sachverhalt beschreibe, der der Opposition nun fehle: Danach sollten Stellenausschreibungen bei Führungspositionen durchgesetzt werden, die extern zu besetzen sind. Dieses setze voraus, dass zunächst nach einer internen Stellenbesetzung gesucht werde. Erst wenn dieses nicht zum Erfolg führe, komme es zu einer externen Besetzung. Die neue Fassung hingegen besage, dass in jedem Fall eine externe Stellenausschreibung vorzunehmen sei. Er schlage vor, dass der ursprüngliche Einschub wieder hinzugenommen werde, um einen Kompromiss zu erreichen.

Herr Hellwig erklärte abschließend, es handele sich hier um einen Grundsatzbeschluss. Sollte die Verwaltung davon abweichen müssen, sei der Rat jederzeit in der Lage, dieses zuzugestehen. Mit dem vorgelegten Antrag werde gezeigt, dass beiden Fraktionen die Schaffung von Transparenz ein wichtiges Anliegen sei, um damit auch Gerüchten entgegen zu treten.

Der **Änderungsantrag von Frau Weinstock** wurde bei 5 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Die Linke), 31 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion; SPD-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner; WBV-Fraktion) und 7 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD** wurde bei 30 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion; SPD-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner), 12 Nein-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP) und 1 Enthaltung (Die Linke) **mehrheitlich angenommen**.

Da damit der ursprüngliche Antrag von CDU und SPD ersetzt wurde, entfiel die Abstimmung über den ursprünglich eingebrachten Antrag der Fraktionen SPD und CDU).

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Nach Änderungsantrag *Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion auf Durchführung externer Stellenausschreibungen für Geschäftsführer und andere Positionen in städtischen Beteiligungen*

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionen und leitenden Angestellten, eine externe Stellenausschreibung durchzusetzen.

7.1.2 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2014 für kostenrechnende Einrichtungen **106/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.05.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2014 auf 4,6 % (bisher 4,9%) fest.

7.1.3 Jahresabschluss 2010 (Kernverwaltung) **71/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.05.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass nunmehr die Rückstände von der Verwaltung aufgearbeitet würden und dankte für die vorgelegte umfangreiche Ausarbeitung.
Dennoch vermisse er hier die gesetzlich vorgeschriebene Entlastung des Oberbürgermeisters. Leider gäben die Zahlen und Prognosen keinen Grund zur Freude. Die weitere Entwicklung sei zwar nicht voraussehbar, doch nähre sich die Stadt immer weiter einer Überschuldung. Diese brisante Lage müsse nunmehr noch stärker als bisher bei jeder Entscheidung berücksichtigt werden. Ferner vermisse er in der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes kritische Anmerkungen.
Abschließend nannte Herr Dr. von Teichman einige Beispiele, die seiner Meinung nach wesentliche Ursachen für die schlechte Haushaltslage der Stadt darstellten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: BASU-Fraktion und 3 Enthaltungen: UWG-Fraktion; FDP)

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2010 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes, einschließlich der Stellung-nahme des Oberbürgermeisters.

2. Das Haushaltsjahr 2010 schließt mit einem Gesamtfehlbetrag i.H.v. **20.238.762,68 €**.

   Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 16.793.999,03 € wird auf das Haushaltsjahr 2011 vorgetragen.

   Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses i.H.v. 3.444.763,65 € wird ebenfalls auf das Haushaltsjahr 2011 vorgetragen.

7.1.4 Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahlverfahrens für mindestens 5 Jahre **514/2013**

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Antrag ein und begründete diesen ausführlich:

„Der Rat möge beschließen:

Das Freistrahlverfahren wird ab diesem Jahr mindestens für die kommenden fünf Jahre fortgesetzt."

Frau Weinstock erklärte, für die Erhaltung des Banter Sees sei bereits viel Geld und Energie investiert worden, so auch für die Installation der Freistrahlanlagen. Feststellbar sei inzwischen, dass sich der Blaualgenbefall gebessert habe. Es seien in der Stadt genug Fehlentscheidungen getroffen worden, so dass sie dringend appelliere, die Freistrahlanlagen wenigsten so lange weiter zu betreiben, bis eine adäquate Lösung zur Bekämpfung der Blaualgen gefunden worden sei. Aus diesem Grunde stelle sie folgenden **Änderungsantrag**:

„Das Freistrahlverfahren wird ab diesem Jahr solange fortgesetzt, bis eine andere Möglichkeit gefunden wird, mit den Blaualgen fertig zu werden, oder bis sich herausstellt, dass es nicht möglich ist, die Blaualgenplage durch das Freistrahlverfahren abzumildern."

An der anschließenden sehr lebhaften Diskussion über die möglichen Auswirkungen des Freistrahlverfahrens beteiligten sich die **Herren Biehl**, **Walzner**, **Wilhelm**, **Sokolowski**, **Becker**, **Walpurgis**, **von den Berg**, **Harms**, **Dr. von Teichman** sowie **Frau Bakir**.

Der **Änderungsantrag von Frau Weinstock**, BASU-Fraktion, wurde daraufhin bei 13 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Die Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Antrag von Herrn Dr. von Teichman**, FDP, wurde abschließend bei ebenfalls 13 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Die Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

7.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Becker)

7.2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Frank Grunert **99/2013**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 22.04.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Sengwarden, Herr Frank Grunert, wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

7.2.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Christian Ludwig **100/2013**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 22.04.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Christian Ludwig wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.06.2013 bis zum 31.05.2019 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Sengwarden im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 61,2. Änderung **93/2013**
-Freigebiet Freiligrathstr. / August-Hinrichs-Straße-
Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2013 vor.

Herr Jacques bezeichnete die Beschlussvorlage als einen richtigen Schritt. Die Zahl der Bewerber für die angebotenen Baugrundstücke zeuge vom großen Interesse für Bauen in der Stadt.

Herr Schmidt machte auf die hohe Verkehrsdichte auf der Freiligrathstraße aufmerksam, welche durchaus Auswirkungen auf das Neubaugebiet haben könne. Hier bitte er die Verwaltung zu prüfen, welche geeigneten Gegenmaßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden könnten. Zudem bitte er um Auskunft, ob nun ein Spielplatz im Gebiet „Werner-Haarnagel-Weg“ gebaut werde oder nicht.

Herr Kottek erklärte, die Überschreitung der Lärmpegelgrenzen betreffe lediglich die Randbebauung. Außerdem komme es entlang der gesamten Freiligrathstraße zu Überschreitungen der Pegel. Insofern könne er nur empfehlen, dass diese Problematik im Bedarfsfalle über die gesamte Länge der Straße betrachtet werde. Bezüglich des Spielplatzes sei die tatsächliche Belegung des Neubaugebietes abzuwarten. Gerechnet werde mit einer Zielgruppe in der Altersklasse von 40-55 Jahren, so dass zunächst einmal kein Bedarf gesehen werde. Sollte eine Errichtung dennoch als notwendig erachtet werden, könne stünden die entsprechenden Mittel bereit, was die Verwaltung in die Lage versetze, hier flexibel zu reagieren.

Herr Biehl stimmte seinen Vorrednern zu: Die Verdichtung der Innenstadt durch die Ausweisung neuer Baugebiete in diesem Bereich treffe offenbar genau die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die hohe Zahl der Bewerbungen für die angebotenen Grundstücke zeige dies deutlich. Im Gegensatz dazu verzeichneten die neuen Baugebiete in Sengwarden eine eher geringe Zahl an Interessenten im Verhältnis zu den freien Grundstücken. Es gebe jedoch ein Problem an anderer Stelle: So gebe es im Innenstadtbereich bedauerlicherweise eine hohe Zahl leer stehender Wohnungen. Hier müssten neue Ideen entwickelt werden, auch diese entsprechend zu vermarkten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen die im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB aufgestellte **2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 61** - Freigebiet Freiligrathstr. / August-Hinrichs-Straße - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-17) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 15.04.2013 ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigefügt.
2. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 9) und beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung bzw. Ergänzung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

7.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)

7.4.1 Berufung eines Vertreters des Seniorenbeirates in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit **96/2013**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 25.04.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Peter Berger aus dem Seniorenbeirat der Stadt Wilhelmshaven wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit berufen.

7.5 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

7.5.1 Allgemeinverfügung zur Festlegung des Hafenbereichs Stadthafen Wilhelmshaven **103/2013**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 08.05.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat legt den Hafenbereich Stadthafen Wilhelmshaven, wie in der vorgelegten Allgemeinverfügung zur Festlegung des Hafenbereichs Stadthafen Wilhelmshaven beschrieben, fest.

7.5.2 Besondere Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven **104/2013**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 08.05.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Der Rat beschließt die Besondere Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven in der vorgelegten Fassung.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

8.1 Antonslust / Umspannwerk

Herr Kottek berichtete anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

8.2 Sachstand Gesellschaften/Krankenhaus

a) Jahresabschlüsse der Gesellschaften

Oberbürgermeister Wagner berichtete über den aktuellen Stand bei den Gesellschaften:

Biosphere: Der Jahresabschluss 2012 sei genehmigt und verabschiedet. Von den Mitgesellschaftern befinde sich die „Optimare“ zwischenzeitlich in Insolvenz. Die Firma habe Flächen im Gebäude Emsstraße, in Besitz des Eigenbetriebes GGS, angemietet und werde diese in Folge der Insolvenz zum 30.06.2013 aufgeben. Der zweite Gesellschafter sei eine Tochtergesellschaft der „Optimare“ und daher höchstwahrscheinlich ebenfalls von der Insolvenz betroffen.

WTF-S: In der letzen Gesellschafterversammlung sei der Prüfbericht zum Jahresabschluss 2011 - Einzelabschluss - beschlossen worden. Dem folge in Kürze der Konzernabschluss der WTF-S für 2011. Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme durch die Stadt belief sich auf einen Verlust in Höhe von 5,3 Mio. €. Von den Stadtwerken sei ein Betrag in Höhe von rund 400 T€ abgeführt worden, von der WTF wurden ca. 4,2 Mio. € an Verlusten übernommen. Die Liquiditätslücke werde sich voraussichtlich vergrößern. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass der kreditfinanzierte Anteil an den Stadtwerken keinen regulären Abschreibungen unterliege.
Der Wirtschaftsplan der WTF-S für 2013 sei unverändert von der Gesellschafterversammlung beschlossen worden.

VHS/MS gGmbH: Bei der letzten Gesellschafterversammlung habe man sich noch nicht mit dem Jahresabschluss 2012 befassen können, was jedoch in Kürze nachgeholt werde.

WFG: Der Aufsichtsrat habe in seiner letzten Sitzung den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2012 beraten. Das Jahresergebnis betrage 691 T€, welcher durch den Zuschuss der Stadt gedeckt werde.

b) Sachstand Reinhard-Nieter-Krankenhaus

Frau Aulkemeyer trug zunächst über die Jahresabschlüsse der Gesellschaften des Reinhard-Nieter-Krankenhauses vor:

Die Jahresabschlüsse 2011 für die Senioren Wohn- & Dienstleistungs-gGmbH (SWD gGmbH), die Wilhelmshavener Pflegezentrum GmbH (WPZ) und die RNK Immobilien GmbH seien zwischenzeitlich fertig gestellt und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie würden in den nächsten Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung behandelt.
Für den Eigenbetrieb sowie die Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH (RNK gGmbH) seien die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 bis auf die Lageberichte fertig gestellt. Nach deren Vorlage sei im Juni in den Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die Verabschiedung dieser Jahresabschlüsse geplant.

Zu den Ergebnissen lasse sich folgendes feststellen:

SWD gGmbH: In 2011 sei ein Überschuss in Höhe von 86 T€ erwirtschaftet worden.

WPZ: Für das Jahr 2011 sei ein Verlust von 38,8 T€ zu verzeichnen.

Bei diesen Gesellschaften sei ein Verlust jedoch unbedenklich, da das Eigenkapital Verluste zulasse. Ursächlich für die Veränderungen seien hauptsächlich Personalkostensteigerungen sowie bei der SWD eine Steuernachzahlung.

RNK Immobilien GmbH: Statt des ursprünglich im Wirtschaftsplan vorgesehenen Überschusses von 34 T€ sei ein Verlust von 828 T€ angefallen. Dieser Verlust resultiere aus nicht wie geplant stattgefundenen Veräußerungen von Teileigentumsanteilen an externe Dritte für das Ärztehaus. Dennoch habe dieses Teileigentum im Umlaufvermögen bilanziert werden müssen, da es nach wie vor zum Verkauf bestimmt gewesen sei. Nach einer Umstellung in der Bilanzierung sei es zu diesem Negativ-Abschluss gekommen, es handele sich dabei jedoch um einen einmaligen Effekt. Leider sei mit diesem Verlust das Eigenkapital nicht mehr gedeckt und somit schlage dort ein Betrag von knapp 700 T€ negativ zu buche. Als Gegenmaßnahme habe die Gesellschafterversammlung beschlossen, den

Geschäftsanteil des Minderheitsgesellschafters anzukaufen. Dies sei zwischenzeitlich geschehen, so dass einziger Gesellschafter der RNK Immobilien GmbH die RNK gGmbH als Muttergesellschaft sei.

Für den Eigenbetrieb sei 2011ein Defizit in Höhe von 1 Mio. € erwirtschaftet worden.

Bei der RNK gGmbH sei ein Defizit von 7,082 Mio. € entstanden. Dabei sei bis 2010 ein Fehlbetrag von rund 7 Mio. € entstanden, bis einschließlich 2011 wuchs dieser Betrag auf 14,1 Mio. € an. Dieser Betrag wurde durch einen Verlustausgleich von der Stadt aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses in Höhe von 4, 283 Mio. € ausgeglichen. Der Rest sei in Folge des im Herbst des vergangenen Jahres vom Rat beschlossenen Betrauungsaktes getilgt worden.

Weiterhin sei geplant, die vom Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Veräußerung der beiden Gesellschaften WPZ und SWD vorzubereiten; es befänden sich außerdem diverse praktische Maßnahmen im Bereich der gGmbH im Umsetzungsprozess.

Nächster geplanter Schritt nach Vorliegen der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 der gGmbH sei die Vorlage eines Antrages auf Abschluss eines Darlehnsvertrages zwischen Eigenbetrieb und gGmbH an den Rat. Damit wäre die Vergangenheit abschließend verarbeitet.

c) Sachstand St. Willehad Hospital

Frau Aulkemeyer berichtete, es sei zwischenzeitlich die VBL kontaktiert worden, eine Antwort stehe jedoch noch aus.
Zwischen dem Willehad Hospital und dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus habe es außerdem eine gegenseitige Prüfung und Bewertung der Parameter-Verträge gegeben. Der dazugehörige Bericht werde Ende dieser Woche vorgelegt.
Ebenfalls laufe derzeit die Ertragsbewertung, auch hier werde mit einem Ergebnis in Kürze gerechnet, ebenso wie mit der Fertigstellung eines Vertragsentwurfes.
Nächster Schritt sei der Einstieg in Verhandlungen mit dem St. Willehad Hospital am 31.05..

9 Anträge

9.1 Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Umbesetzung von Ausschuss und Gremien **515/2013**

Herr Biehl informierte, der Antrag werde **zurückgezogen**:
Der Gesundheitszustand von Herrn Lietzmann gebe Anlass zum Optimismus; Herr Lietzmann wolle seine Ratsgeschäfte voraussichtlich bereits im Juni wieder aufnehmen, so dass eine Umbesetzung entbehrlich geworden sei.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Frau Albers erkundigte sich bezüglich **Tagesordnungspunkt 7.3.1** „Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung - Freigebiet Freiligrathstr./August-Hinrichs-Straße - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss“ nach den

Maßnahmen zum Schallschutz. Laut Gutachten gebe es für ein Wohngebäude eine Überschreitung der zulässigen Pegel. Der Gutachter habe als Gegenmaßnahme einen Lärmschutzwall oder das Bauen in zweiter Reihe vorgeschlagen. Hierzu bitte sie um Auskunft, welche dieser Maßnahmen umgesetzt würden.

Herr Kottek erläuterte, es würden für das betreffende Gebiet keine dieser Maßnahmen umgesetzt. Die vom Gutachter genannte DIN bezüglich des Schallschutzes finde regelmäßig dann Berücksichtigung, wenn es um eine Neuplanung gehe. Bei einer bestehenden Bebauung sei diese nicht anzuwenden. Es sei unbestritten, dass die Freiligrathstraße zu laut sei; das gleiche Problem bestehe zudem an Peter- und Bismarckstraße. Um hier Abhilfe zu schaffen, müsste die gesamte Randbebauung an den Einfallstraßen beseitigt bzw. mit Lärmschutzmaßnahmen versehen werden. Dies sei jedoch nicht möglich.

Auf Nachfrage von **Frau Albers** erklärte **Herr Kottek** weiter, dass für das Neubaugebiet diese Einschränkung nicht gelte. Die „erste Reihe“ im Sinne des Gutachtens sei hier die vorhandene Altbebauung direkt an der Freiligrathstraße; die zweite Reihe befände sich bei der Altbebauung auf den Grundstücken dahinter. Das Neubaugebiet habe hiermit nichts zu tun.

Herr Wedig bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Kottek zu **Tagesordnungspunkt 8.1** „Antonslust / Umspannwerk“. Er bemängelte, dass Herr Kottek nicht weiter auf das geplante Umspannwerk eingegangen sei und stellte die Frage in den Raum, ob sich überhaupt ein Mitglied des Rates einmal ein eigenes Bild von der Situation vor Ort gemacht habe.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass Herr Kottek das Thema in seinem Vortrag bezüglich möglicher Einwendungen im Hinblick auf etwaige elektromagnetische Strahlung sowie der Fledermauseinflugschneisen angesprochen habe. Dabei handelte es sich um die Punkte, die er selbst heute zum Ausdruck bringen wollte.

Herr Kottek ergänzte, dass das Beteiligungsverfahren gerade erst angelaufen sei. Allein mit dem Aufstellungsbeschluss können noch keine weiter führenden Informationen bei den Ratsmitgliedern vorliegen. Detailinformationen lägen noch nicht vor. Dieses Verfahren ziehe sich erfahrungsgemäß regelmäßig einige Zeit hin.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin